

2. Satzung
zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren zur Deckung
der Beiträge und Umlagen des Wasser- und Bodenverbandes
Insel Usedom - Peenestrom

Aufgrund des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. Juni 2004 (GVOBL. M-V S. 205) zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2006 (GVOBL. M-V S. 539) des § 3 des Gesetzes über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden (GUVG) vom 04. August 1992 (GVOBL. M-V S. 458), zuletzt geändert durch die Artikel 2 § 7 des Gesetzes vom 14. März 2005 (GVOBL. M-V S. 91) sowie der §§ 1, 2, 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Fassung durch Bekanntmachung vom 12. April 2005 (GVOBL. M-V S. 146) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 15.11.2007 folgende Satzung erlassen.

Artikel 1
Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren
zur Deckung der Beiträge und Umlagen des Wasser- und Bodenverbandes Insel Usedom - Peenestrom

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren zur Deckung der Beiträge und Umlagen des Wasser- und Bodenverbandes Insel Usedom - Peenestrom der Gemeinde Peenemünde vom 29.09.2005 und der 1. Änderungssatzung vom 07.12.2006 wird wie folgt geändert:

1. § 3, Absatz 1, Gebührenmaßstab, erhält folgende Fassung:

Die Gebühr für ein Kalenderjahr beträgt:

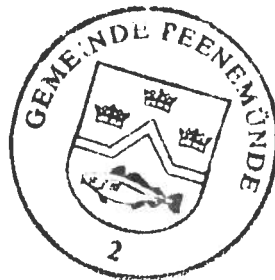
- für unbebaute Grundstücke je angefangene 0,5 ha Grund und Boden **3,00 €**
- für bebaute Grundstücke mit einer Grundfläche bis 1000 m² **2,00 €**, Flächen über 1000 m² werden wie unbebaute Grundstücke behandelt.
- für Mehrfamilienhäuser mit mehr als 3 Wohnungen zusätzlich je Wohnungseinheit **1,50 €**
- für Garagen auf fremdem Grund und Boden je Garage **1,00 €**.

Artikel 2
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt nach der Bekanntmachung am 01.01.2008 in Kraft.

Peenemünde, den 15.11.2007

Barthelmes
Bürgermeister



„Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften verstoßen wurde, können diese Verstöße entsprechend §5 Abs.5 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern nur innerhalb eines Jahres geltend gemacht werden. Die Frist gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften.“

ausgehängt am: ...23.11.2007

abgenommen am: ...17.12.07

